

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für sechs Monate 1.80 M. Im Voraus zahlend. Für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Bei Einzelbestellungen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 14.— M. jährl. Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M. Redaktion und Expedition: Berlin 1122, 6, Schiffbauerdamm 19 112. Verleger: Kurt Rodewitz 533-26 und 9768.

Die abgehenden Postanstalten oder deren Beamten kostet 2.— M. einschließlich Transportzuschlag. Keine Anzeigen! Das freigelegte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Transportzuschlag. Kurze Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Postanzeigen 3.50 M. netto per Zeile. Streifenpreise in Monatspreisen: das freigelegte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Anzeigen-Abteilung: Berlin 1122, 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Rodewitz 533-26, Buchhandlung Zentrum 2615. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Sinn des Sozialismus.

In den Mittelpunkt unserer Wahlagitatio, in den Mittelpunkt jeder Versammlungstunde müssen wir die Forderung auf Durchführung des Sozialismus stellen. Die technischen und ökonomischen Vorbedingungen für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind gegeben. Es handelt sich darum, auch in den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter das Bewußtsein zu schaffen, daß der Sozialismus nötig und notwendig ist, damit die geistige Vorbedingung für seine Durchführung geschaffen sei.

Daran hat es bisher noch in hohem Maße gemangelt. Vor dem Kriege war die Arbeiterbewegung allmählich viel zu sehr erfüllt mit dem Geiste eines allzu penhätigen Reformismus. Die Tagesforderungen und die Tagesinteressen beschäftigten allzu sehr den Sinn der Arbeiter. Der Sozialismus war für viele ein in der Ferne verdrängtes Ideal geworden. Das war ja gerade die größte und verhängnisvollste Schuld des Kapitalismus, daß er die Arbeiterklasse in hohem Maße mit rein materiellen Sorgen erfüllte, wie er überhaupt den Geist aller Gesellschaftsklassen verpestete, indem er den ganzen Sinn der Unterdrückten auf den Kampf um die tägliche Nahrung, das Trachten der anderen auf die Blumenschmuck und Karrierebestrebungen hinlenkte. Auch im Beginn der Revolution mochte sich das Fehlen einer wirklich sozialistischen Ueberzeugung und der vorbereiteten Einsicht, daß jetzt die Stunde des Sozialismus und nicht eine Gelegenheit zu günstigen Lohnbewegungen gekommen sei, sehr stark fühlbar. Und deshalb gibt es jetzt, den Wahlkampf zur intensivsten Propaganda nicht für einzelne Teilreformen, sondern für den Sozialismus selbst auszumachen. Das kann geschehen, weil die Revolution die vorbereitenden Kämpfe des Proletariats in der Hauptfrage zu einem gewissen Abschluß gebracht hat. Eine Reihe wichtiger politischer und sozialpolitischer Reformen sind verwirklicht. Sie sind zum Teil noch nicht endgültig gesichert und auch dafür wird der Ausgang des Wahlkampfes von einiger Bedeutung sein. Aber im wesentlichen handelt es sich in Zukunft um die wirklichen Entscheidungskämpfe zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung, um die große Menschheitsfrage der Beseitigung der Klassenherrschaft.

Eine Menschheits- und keine Klassen- und Gabelfrage! Die materielle Not, die der Kapitalismus über die Arbeiterklasse verhängt, für die es im kapitalistischen System vorübergehende Linderung, aber keine Beseitigung gibt, hat das Proletariat befreit, die historische Bedingtheit des Kapitalismus zu erkennen und seine Beseitigung als das Endziel seiner Politik zu erstreben. Aber die Beseitigung des Sozialismus bedeutet weit mehr als eine bloße Beseitigung der Not breiter Massen; sie bedeutet den Beginn einer ganz neuen Kulturperiode. Die bisherige Geschichte hat große und bedeutende Kulturwerke geschaffen. Aber im Vollbesitz dieser Kultur ist heute trotz aller Aufklärungs- und Bildungsarbeit nur eine kleine Minderheit. Die große Mehrzahl ist von ihrem Genuß, aber auch von dem Mitkönnen an der Kultur ausgeschlossen, weil das Monopol an den Produktionsmitteln, weil die Klassenherrschaft zugleich das Monopol der höheren Bildung für die Herrschenden bedingt. Sozialismus aber bedeutet, daß die Sorge um die materiellen Bedürfnisse des Daseins aufhört. Die Frage, werde ich heute noch zu essen haben, werde ich morgen über eine Wohnung verfügen, mich kleiden werde ich mich in Zukunft etwas besser nähren, etwas gesünder existieren können oder droht wieder Arbeitslosigkeit und bitterster Mangel — diese Fragen, die trotz aller Bewehrung in der kapitalistischen Gesellschaft den Sinn der Millionen erfüllen, sie werden endlich verschwinden, weil die Sicherung des Daseins — und mag es in der Uebergangszeit auch noch ein sehr arbeitsames und nicht allzu genußreiches sein — endlich erreicht sein wird.

Die Sicherung der Existenz bedeutet aber die größte Umwälzung in der Menschheitsgeschichte. Denn das bedeutet, daß die materiellen Sorgen im Dasein der Menschen endlich in den Hintergrund treten und damit die Menschheit sich befreit von der Anrechnung durch die Tagesfragen, der Arbeit an der Weiterentwicklung der Kultur, an ihrer stetigen, immer fortwährenden Emborückung widmen kann. Und nicht mehr wird der Kulturbesitz Privileg einer Minorität und nicht mehr die Kulturarbeit das Werk kleiner Schichten sein. Denn mit dem ökonomischen Monopol ist auch das kulturelle, das Bildungsmopol gefallen, das ausschließendste und drückendste aller Privilegien der Klassenherrschaft. Jetzt können in den Dienst der Emporarbeit wirklich alle

#### Das Treiben der Hochverräter.

##### Ehrhardt und Ludendorff.

Es sind schon liebliche Zustände, die in Deutschland herrschen. Der Kapitän Ehrhardt konnte wochenlang inmitten seiner Truppe im Munsterlager der staatsfeindlichen Verfolgung, die die Regierung gegen ihn eingeleitet hatte, trosten. Keine Hand wagte, sich gegen ihn auszustrecken. Er ließ sich von fremden Journalisten interviewen, drohte den Unterstaatssekretären, die nach seiner Behauptung den Erfolg des Rapp-Putschs bereitet hätten, daß sie bei der nächsten Gelegenheit an die Wand gestellt würden, sprach davon, daß eine Regierung Nerben genug haben müsse, um unter Umständen einmal zehntausend Arbeiter im Norden Deutschlands verhungern zu lassen, kurz und gut, er spielte die Rolle eines Mannes, der sich seiner vollständigen Unantastbarkeit bewußt ist.

Um seinen Ruf in „böhmischen“ Kreisen zu heben und keinen Ruh im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen, versicherte dieser Räuberhauptmann auch, er werde sich bei geeigneter Gelegenheit freiwillig den Gerichten stellen. Diesen Entschluß hat er indessen, wie aus dem Abschiedsbefehl an seine Brigade hervorgeht, jetzt aus dem Auge gegeben. Der Befehl, der eine der bedeutendsten Dokumente der deutschen Republik ist, lautet folgendermaßen:

Munsterlager, den 8. Mai 1920.

Kameraden!

Ich habe meinen bisherigen Entschluß, mich freiwillig in Haft zu begeben, aufgegeben. Entscheidend war für mich der feste Wille der Brigade, weder eine gewaltsame Festnahme, noch eine freiwillige Stellung zuzulassen. Ich konnte es nicht verantworten, daß meiner Person wegen die Regierung zu Maßnahmen hätte gezwungen werden können, die Kämpfe zwischen Truppen und Unruhen zur Folge gehabt hätten. Der Brigade wäre letzten Endes dadurch für die Zukunft jedes einzelnen Schaden entstanden, und so sehr ich es anerkenne, daß die Truppe diese Rücksichtnahme ablehnte, die Fürsorge für die Truppe bleibt für mich die vornehmste Aufgabe.

Mit beeinflusst hat mich, daß mir von allen Seiten von einer Gesteckung abgeraten wurde. Auch nicht eine Stelle hat mir zugeraten. Die Gründe sind einleuchtend:

1. Der Ruf nach der linksradikalen Seite ist unerkennbar, die Lage im Reich ist unsicher, die Staatsautorität gering, fraglich, ob die Regierung sich noch lange halten kann.

2. Die sicher lange währende Untersuchungshaft würde noch all dem bisher Durchgemachten meine Widerstandskraft brechen, so daß ich bei der Hauptverhandlung, körperlich und geistig gebrochen, nicht mit der erforderlichen Kraft für das Geschehene einstehen und mich verteidigen, das reichhaltige Material nicht auszuheben könnte und der Gegenpartei leichtes Spiel ließe.

Damit würde der ganzen Sache und dem Ansehen der Brigade und des Offizierkorps außerordentlich geschadet werden. Das Volk soll hören und wissen, welches unsere Beweggründe waren und aus welchen Motiven heraus wir gehandelt haben.

Leicht ist mir der Entschluß nicht geworden, in Sicherheit zu gehen, er geht nicht zu dem ganzen bisherigen Bild der Brigade. Aber ich konnte und durfte die Truppe nicht in die Lage bringen,

für mich mit der Waffe einzusetzen oder mich in Schutzhaft zu nehmen.

Kochmals sage ich Ihnen allen Dank für das, was die Brigade geleistet, für die Taten und das mannhafte Einsehen. Das Volk wird erst einsehen, was es mit der Brigade verloren hat, wenn es zu spät ist. Ich werde das weitere Schicksal der Brigadeangehörigen mit demselben Interesse verfolgen, wie bisher als ihr Kommandeur, und hoffe und wünsche für uns alle baldige bessere Zeiten. Wohin Sie auch kommen, halten Sie das Banner der Brigade, auf dem Vaterland, Ehre, Gerechtigkeit, Kameradschaft stand, weiterhin hoch, der anständige Mann wird immer durchkommen. Und kommt es erneut zu ernstem Kampfe in unser ererbtem Vaterland, so hoffe ich, daß uns die alte Kriegsflagge, die wir wieder zu Ehren gebracht haben, erneut vereint. Bleibt wohl, Ihr wackeren Männer der 2. Marinebrigade! gez. Ehrhardt.

Weiter kann die militärische Unverwundbarkeit wohl nicht getrieben werden, denn hier wird offen ausgesprochen, daß die Truppen und ihre Offiziere sich den Tadel um die Regierung und ihre Anordnungen kümmern. Die Brigade sträubt sich gegen die Verhaftung ihrer Führer, und dieser Hochverräter fügt sich dem Willen seiner Soldaten, pfeift auf das Gericht und verbirgt sich. Kein Zweifel, daß es ihm ebenso wie seinen Mitschuldigen gelingen wird, sich dem Arm des Gesetzes zu entziehen. Die Regierung ist wieder einmal übertraut und der Staatskommissar für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung erklärt in schöner Naivität, daß alle Verdächtige, die ihm zugewiesen seien, alles andere eher hätten erwarten lassen, als eine Flucht Ehrhardts.

Aber selbstverständlich begegnet sich der Wunsch der Untergebenen mit dem eigenen Willen Ehrhardts. Er will freibleiben, um für den nächsten Schlag bereit zu sein. Er gesteht das mit der rückwärtsgehenden Denkschrift an. Es ist fraglich, so sagt er, ob sich die Regierung noch lange halten könne, und er spricht von der Möglichkeit eines neuen ersten Kampfes, der die Brigade unter der alten Kriegsflagge mit ihm wieder vereinen werde.

Wenn wir es nicht vorher gemerkt hätten, so wissen wir es jetzt, daß der unglückliche Versuch vom 13. März im günstigen Moment wiederholt werden soll. Und der Befehl Ehrhardts ist nicht das einzige Anzeichen. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, befindet sich der General Ludendorff seit einigen Tagen in Berlin. Auch wir haben von der Anwesenheit dieses Mitverschwornen der Rapp- und Mauthausen-Kontraband erfahren und wir wissen, daß er hier mit höheren Militärs und führenden Politikern der Rechten Fühlung genommen hat.

Ludendorff steht merkwürdigerweise nicht auf der Liste der staatsrechtlich Verfolgten, obwohl sein Winken in der Rapp-Moche aller Welt bekannt ist. Man hat es wohl nicht gemerkt, gegen den gefeierten Nationalhelden vorzugehen. Aber wird es die Regierung dulden, daß er unter ihren Augen die Fäden einer neuen Verchwörung knüpft? Will sie die Fäden ebenso am Boden schleifen lassen, wie es Nozze getan hat? Sie ist auf dem besten Wege, sich zum Geißel der Welt zu machen, der immer wieder vor Augen geführt wird, daß sie trotz allen Verusens auf die Verfassung eine kümmerliche Statistenrolle neben der tatsächlich herrschenden Offiziersclique spielt.

nach den natürlichen Fähigkeiten, die sie besitzen, gestellt werden, und alle können nach ihrer Empfänglichkeit an dem Genuß der Kulturgüter teilnehmen. Mit ganz anderer Intensität als je vorher werden die großen Probleme der Wissenschaft und Kunst die Menschen beschäftigen, mit unendlich viel reicheren Kräften können sie gelöst werden. Deshalb bedeutet Sozialismus nicht nur Beseitigung des Elends, deshalb ist der Sinn des Sozialismus nicht erschöpft, wenn man ihn nur als eine vernünftigeren ökonomische Organisation der Produktion betrachtet, sondern Sozialismus bedeutet vor allem einen kulturellen Vornarrsch der Menschheit von ungebeurer, in seinen Wirkungsmöglichkeiten noch nicht abzuschätzender Bedeutung, und deshalb sind wir im wahren Sinne die Kulturpartei, die einzige der Gegenwart.

Aber der Sozialismus bedeutet noch in anderer Beziehung eine außerordentliche Leistung: Er verändert von Grund aus die bisherigen Beziehungen der Menschen untereinander, indem er die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse beseitigt. Die Klassen hören auf

und damit die Existenzweise des Proletariats, die Unsicherheit, die geistige, moralische und materielle Herabdrückung der großen Massen zugunsten einer Minorität. Die soziale Ungleichheit löst sich, und für die Entfaltung der natürlichen menschlichen Fähigkeiten wird freie Bahn geschaffen. Der Mensch hört damit endlich auf, Mittel und Werkzeug anderer Menschen zu sein, er wird, wie Kant es als ethische Forderung gestellt hat, endlich Selbstzweck. Der Mensch hört auf, für den anderen Menschen nach dem bekannten Worte ein reichendes Tier zu sein, das ihn belauert, wie es ihn am besten als Beute verzehret. Zum erstenmal seit den vorhistorischen Zeiten des Kommunismus werden nicht Klasseninteressen die Gesellschaft halten, sondern das Gemeininteresse wird alle ihre Mitglieder vereinigen; zum erstenmal wird wahre Solidarität die Grundlage der Gesellschaft und ihrer Ethik bilden können.

Diese völlige Umgestaltung der menschlichen Beziehungen, diese Erhebung der Feindschaft durch die Zusammenarbeit bedeutet wiederum eine außerordentliche Stärkung

... die sie in den letzten Tagen ...

Mit diesem Bewußtsein müssen sich alle Kreise der ...

### Sowjetrußland und wir.

#### Angriffe gegen die Dienstag-Rundgebung.

Der Aufruf unserer Berliner Parteileitung zum ...

Die offensichtlichste Falschheit ihrer Konstruktionen ...

Nichtet sich schon diese Handlungsweise des konservativen ...

Kann es unter derartigen Verhältnissen eine dringendere ...

Wirtschaftslebens die Beziehungen mit Sowjetrußland auf-

Auch der „Vorwärts“ erkennt diesen einfachen Sachverhalt nicht an.

Eine andere Haltung der sozialdemokratischen Partei haben wir auch nicht erwartet.

„Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist.“

#### Englische Munitionslieferungen an Polen.

Amsterdam, 8. Mai.

„Daily Herald“ meldet, in den Dänischen Docks werde der Dampfer „Jolly George“ mit Munition für Warschau beladen.

#### Auch Rumänien rüstet.

D. A. Bukarest, 8. Mai.

Wie „Liber“ aus Bukarest meldet, wird in Rumänien fleißig gerüstet.

#### Kiew von den Polen erobert.

Krausau, 8. Mai.

Die hiesige Funkstation nahm heute folgenden Funkpruch aus Krakau auf.

#### Russische Erfolge.

Amsterdam, 8. Mai.

Kaut „Daily News“ meldet ein Moskauer Funkpruch, daß den Bolschewisten in der Gegend von Kasu neben großen Vorräten an Mehl, Getreide, Schmieröl und Kohle 400 000 Tonnen Getreide und 1 850 000 Tonnen Mehl in die Hände fielen.

#### Der Verkehrsstreik in Frankreich.

Nach den vorliegenden Meldungen scheint sich die Streiklage in Frankreich wenig verändert zu haben.

## Eubendorff.

### Von Ignaz Wrobel.

„Ich habe seit einiger Zeit nicht viel von der Welt gehört, ich lebe hier still und zurückgezogen.“

„Der Deutsche, wie er sein soll“ — das war die Charakteristik, die der bürgerliche Börsenmakler im Jahre dem General Eubendorff und dem Zeitungsleser ins Ohr musizierte.

Erich Eubendorff wird unter den Blinden als Eindringling König, begriff schon 1916, auf welchem Stuhl er sitzt, und reißt bald die gesamte Führung des Landes an sich.

Die anderen bliesen: Das Ganze halt! Unauswähllich heißt es: Erich Eubendorff floh nach Schweden.

befehle dem Proletariat und dem Bürger (bis zum Feldwebel aufwärts) striktes Aushalten in Todesnot anbefohlen hatten.

Und so tief und unerschütterlich eingewurzelt ist die Liebe des schlechten Teils unfreies Landes zu diesem Mann, daß die Haupttatfachen seiner Geschichte heute entweder vergessen oder umgedeutet werden.

Diese „preussische“ Verantwortung, die der da zu tragen hatte, gleich einem rosa Gummiwürstchen, das pfeifend zusammenstößt, wenn man drauf drückt.

Ich hatte Gelegenheit, Erich Eubendorff in jener Sitzung vor dem Untersuchungsausschuß im deutschen Reichstag zu sehen.

Man hätte ihn nicht aufgehängt. Man hat ihn auch nicht aufgehängt, als er wiederkam, abgleich aller Welt bekannt war, daß er konspizierte und mit flüchtigen Offizieren und Soldaten, die es täglich werden konnten, Pläne schmiedete.

... tungsangebot der U. W. T. ...

#### Das deutsch-holländische Kreditabkommen.

Haag, 8. Mai.

Wie das Korrespondenzbureau erfährt, sind die niederländische und die deutsche Regierung heute in der Angelegenheit des Kohlen- und Kreditabkommens einig geworden.

#### Ebert billigt zwei neue Todesurteile.

Essen, 8. Mai.

Die Arbeiter Joseph Biesemann aus Essen-Sorbus und Joseph Fuchs aus Essen waren am 13. April 1920 vom außerordentlichen Kriegsverricht wegen Vandalismus mit Waffengewalt zum Tode verurteilt.

Den Hauptverdächtigen wird kein Haor gekümmert, die Arbeiter werden erschossen, das ist das Kennzeichen der Herrschaft der Koalitionsregierung.

#### Drei Antworten auf fünf Fragen.

Wir haben leithin aus dem Mittelungsblatt des Reichs- und Provinzialen Führerbandes fünf interessante Fragen, an das Reichswehrministerium gerichtet, wobergegeben und dazu bemerkt, daß der H. R. W. wohl kaum eine Antwort darauf erhalten würde.

Frage 1: Oberleutnant Matloch führte in den Tagen des Kampfes ein, aus dem in Posen zurückgebliebenen Resten des Freikorps Lühow zusammengeheftete Schwadron, die unter dem Namen „Polen-Schwadron“ an dem Kampfe teilnahm.

Frage 2: Das in Remscheid von den Arbeitern geschlagene Korps Lühow wird nicht, wie vermerkt, im Sennelager neu aufgestellt, sondern Mannschaften wie Offiziere werden in das neuformierte Sturmbattillon „Schmittendorf“ übergeschoben.

Frage 3: Das frühere Sturmbattillon Korbach liegt unter Führung des Leutnants Korbach gleichfalls in Essen. Die Korbach-Truppe soll nicht erst umgewandelt werden, sondern sie führt bereits jetzt die Bezeichnung „Jägerbattillon 84“.

Die Einsperrung des Genossen Wurm findet am Montag nachmittags 3 Uhr im Kermatorium in der Gerichtstraße statt.

W. H. d. R. Mitgliederversammlung am Montag, den 10. Mai, abends 7.30 Uhr, bei Altem, Salzenstraße 18.

Hunderttausende sind in Adergräben verdrückt und verredet, Knaben bluteten vor Hunger, weil einem General auf der fettgepöckelten Brust noch ein Orden fehlen mochte.

Er sähe heute als offener oder verkappter Diktator auf einem Thron, wenn die Arbeiterschaft im März dieses Jahres nicht zusammengehalten hätte.

Diese neue Führerschaft macht Robe. Es scheint bei uns schon ganz in der Ordnung zu sein, daß man, solange man im Amt ist, Kritik und Einspruch unterbindet mit dem Hinweis auf eben jene Verantwortung.

Jetzt voraus, folgt Euer Führer, wenn Ihr Vertrauen habt, aber verlangt unerbittlich — und sehr das durch —, daß sie Euch gradebehen, wenn sie verspielt haben.

Und Eubendorff und Koste, Lehrer und Schüler, Feldwebel und Unteroffizier — sie sind beide schlecht, weil verantwortungslos Führer.

Man interviewt sie nach wie vor, sie haben Pläne, sie werden gehöhrt, sie schreiben und verdienen Geld und genießen das Vertrauen unausgeklärter Menschen.

# Kapitalistischer Wahlbetrieb.

## Goldgeber der deutschen Volkspartei.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß der Syndikus des Deutschen Spiritusverbandes, Herr Dr. Neumann, von seinem Verband 50.000 Mark erhalten hat, damit er zum Wohle der deutschen Schnapsfabrikanten an ausschließlicher Stelle zum Reichstag kandidieren kann. Ebenso hat Herr Dr. Hugo, das bekannte Parteimitglied des Verbandes der deutschen Lederfabrikanten 50.000 Mark zum Dank dafür erhalten, daß er als R. d. N. die Aufhebung der Zwangsabwirtschaftung für Leder durchsetzte und den Lederinteressen dadurch die Möglichkeit verschaffte, auf Kosten der armen Bevölkerung ungeheure Gewinne einzuhelmfen. Herr Dr. Hugo soll wieder ins Parlament eingehen, um der Lederwirtschaft eine gleiche „Wohlfahrt“ zu sichern, und sein Verband (Schwarz) deshalb schon seit Monaten um Geld, ebenso wie die Schnapsfabrikanten den Klingelbeutel schwingen, um die Kandidatur ihres Vertreters Dr. Neumann zu sichern. Beide Herren gehören der Deutschen Volkspartei an, also jener Parteiorganisation, die mit Stresemann an der Spitze die Korruption bekämpfen will. Und dazu ist diese Partei auch wie geschaffen! Nicht nur die Lederfabrikanten und die Goldgeber leben in ihr die Würdigen Vertreter ihrer Interessen. Auch die Schornsteinindustrie, der Handel und andere Gewerkschaften erwarten von ihr eine „Erkundung“ unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, und zwar derart, daß sie sich dabei noch mehr als bisher auf Kosten des arbeitenden Volkes „gesund“ machen können. Kein Wunder, wenn daher dieser Partei das Geld in großen Strömen für den Wahlkampf zufließt. Allein in den abgelaufenen Tagen sind für den Wahlkampf folgende Beiträge eingegangen:

Bayerische Brauereibesitzer	150.000 M.
Reichsverband des deutschen Tiefbauwesens	25.000
Reichsverband Hamburg	50.000
Welmisch-Wesfälische Kohlenhandlung	200.000
Brud. Pommerischer Landwirte, 1. Rate	25.000
Krupp von Hohen-Sulzbach	20.000
Demkapitalist Augsburg	10.000
Werner u. Heiderich, Maschinenfabrik, Stuttgart	5.000
Carlshof, Flugzeugwerke, Stuttgart	5.000
Schlesische Montanengesellschaft	25.000
Maschinenfabrik Godes	15.000
Verband der Thüringischen Holzfabrikanten	7.500
Wanitzbauernverein	10.000
Damenmode Modenschau Dresden	3.000
Leistungsmittel, Sigmaringen	2.500
Leistungsmittel, Göttingen	2.500
Studentenverbindungen Heidelberg, Heilbrunn, Ultingen, Tübingen	72.000

Das sind insgesamt 637.500 Mark. Damit ist aber die Bitte noch keineswegs erschöpft. Der Geldstrom hält ununterbrochen an und steigt in dem Maße, je näher der Wahltermin rückt.

Vor allen Dingen ist es die Großindustrie, die als Goldgeberin der Deutschen Volkspartei auftritt. Sie weiß, daß sie in den Abgeordneten dieser Partei willfährige Vertreter ihrer Interessen hat, und daß es ihr dann gedungen wird, die Sonderinteressen der Großindustrie noch mehr als bisher durchzusetzen.

Dieser Plan müßte mißlingen, wenn nur die Großindustriellen Mitglieder dieser Partei wären. Aber die Summen, die diese Herrschaften geben, werden zu einer skrupellosen Wahlkagitation benutzt, die den Jura verstoßt, auch Verleumdung, Beleidigung und die Verächtlichmachung für diese Partei zu gewinnen. Aber gerade sie müssen erkennen, daß sie damit fremden Interessen dienlich gemacht werden sollen, daß sie ihre eigenen Wände zum Wirt werden.

Denn der jetzt bevorstehende Wahlkampf sieht die Verfechter des alten egoistischen Wirtschaftsprinzips, des Kapitalismus, im härtesten Kampf gegen die Verfechter des Sozialismus, der allein die Rettung vor dem bevorstehenden Zusammenbruch bietet. Deshalb, Arbeiter, Angestellte, Beamte, laßt euch durch die gleichzeitigen Worte eurer Klassenfeinde nicht einsaugen, sorgt dafür, daß sich am 6. Juni alle um das Banner des revolutionären Sozialismus, um das Banner der unabhängigen Sozialdemokratie kammern.

## Schulden, Steuern und Valuta.

„Unser Finanzpolitik war lediglich so lange wie an den Holzplanen. Sie blieb leichtsinnig auch nach der Niederlage. Sie ist leichtsinnig bis auf den heutigen Tag.“ Mit diesem Motto hat Dr. Kugenschnitz eine kleine Broschüre „Schulden, Steuern und Valuta“ verfaßt (Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15), die an der Finanzpolitik des Deutschen Reiches in den letzten Jahren scharf und verächtlich Kritik übt.

Die Gründe für das Mißlingen unserer Steuerpolitik sieht Kugenschnitz erstens in der Unschicklichkeit der Steuererhebung, zweitens in der Unmöglichkeit der Steuerabschätzungen und drittens in der Bankrott der Durchführung. Gerade das letzte ist von außerordentlicher Bedeutung, denn auch von den im letzten Jahre beschlossenen Wirtschaftsprinzipien ist bis jetzt noch keine einzige erhoben worden, so daß Kugenschnitz mit Recht sagen kann, daß unsere Bevölkerung sich viel stärker belastet glaubt als sie es tatsächlich ist und die Steuermaßnahmen nicht entgegen dem öffentlichen Bedarf gerecht werden.

Zum Schluß untersucht die Schriftchen die Ursachen des Niederganges der deutschen Valuta und weist nach, daß ein Land, das seine laufenden Ausgaben nicht in Uebereinstimmung mit seinen Steuererträgen und anderen regelmäßigen Einnahmen bringen kann oder will, oder das durch fortgesetzte Inflation des Geldumlaufs und Steigerung der verzinslichen Schulden ohne entsprechende Steigerung der greifbaren Werte seine laufenden Bedürfnisse befriedigen will, nie Vertrauen bei den übrigen Ländern genießen wird. Gegenüber den Schlagworten, Arbeit überzeuge die Deutung der Valuta, sagt deshalb Kugenschnitz:

„Selbstverständlich brauchen wir innere Ruhe, innere Ordnung, unermüdet gezeigte Arbeit, strengste Sparbarkeit auf allen Gebieten.“ Und wenn wir das alles haben, wird unsere Valuta — langsamer sinken als bisher. Steigen wird unsere Valuta erst wieder, wenn wir unsere öffentlichen Finanzen sanieren haben und wenn wir durch eine große Steuerreform die Inflation beseitigt und die öffentlichen Einnahmen den öffentlichen Ausgaben angepasst haben.“

Für den Wahlkampf können wir deshalb die Schrift von Kugenschnitz sehr empfehlen, zumal sie auch sonst noch wertvolles Material enthält.

## Zusammenbruch oder Sozialisierung?

Auf einer Rentierstagung hat der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth über Deutschlands wirtschaftlichen Zusammenbruch folgendes ausgesprochen:

Im ordentlichen Etat ist ein Fehlbetrag von fünf Milliarden, im außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 12 Milliarden. Dazu kommen die Fehlbeträge der Eisenbahn mit 11 Milliarden und der Reichspost trotz der neuen Gebühren mit mindestens 1 Milliarde. Es ist unmöglich für das deutsche Volk, daß diese Wirtschaft einige Jahre dauern kann. Hier handelt es sich um die sozialisierten Betriebe. Wenn nicht Arbeiter und Beamte alles aufgeben, daß unter Aufwand aller Arbeitskräfte diese Fehlbeträge verschwinden, dann ist der Sozialisierungsplan nicht mehr zu verwirklichen. Für 20 Milliarden Fehlbetrag muß Deckung geschafft werden. Das direkte Steuerreform ist im wesentlichen abgeschlossen. Es wird aber allein nicht genügen. Das indirekte Steuerreform ist ebenfalls schon angegangen. Es erhebt sich die Frage, wie wir zahlen sollen. Ohne Regelung und Kontrolle der Produktion kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus. Ein freies Spiel der Kräfte in dem Umfang wie früher ist nicht mehr möglich. Die Luxusproduktion muß auf den Weltmarkt kommen. Vertrauen wir z. B. eingeführte Seide, dann fehlt das Geld für Rohstoffe. Wir streifen uns selbst auf. Das deutsche Volk verzehrt mehr, als es produziert.

Von der unabhängigen Sozialdemokratie sind diese Tatsachen, die Wirth feststellt, bereits bei der Beratung der letzten Steuervorlagen festgestellt worden. Aber damals wollten wir die bürgerlichen Parteien noch die Rechtssozialisten sie erkennen und nach ihnen handeln. Sie verweigerten, durch Steuererhöhung, insbesondere durch die Belastung des Konsums der breiten Massen auf dem Wege der indirekten Steuern einen Ausweg zu finden, um jetzt leben zu müssen, daß das Defizit des Staates immer größer wird und alle Berechnungen über die Steuererträge nicht stimmen.

Es gibt keinen anderen Ausweg mehr als planmäßige technische Beste Organisation der Wirtschaft unter Ausschaltung des Unternehmergewinn. Die Sozialisierung allein erwägt die Möglichkeit des Wiederaufbaues der Wirtschaft für sie kämpfen wir deshalb im Wahlkampf.

## Kandidaten der U. S. D.

An der Spitze der unabhängigen Liste für die Reichstagswahlen stehen im Wahlkreis Hannover die Genossen Eduard Braunshweig, Adolph-Hannover, Karsten-Pelue und Boh-Braunschweig.

Genosse Henke steht an erster Stelle der U. S. D. Kandidatenliste zur Bremischen Bürgerstimmwahl.

## Lazarettinsassen sind wahlberechtigt.

Es ist die Frage entstanden, ob Angehörige des alten Heeres, die sich infolge von Verletzungen oder Krankheit noch in Lazarettbehandlung befinden, wahlberechtigt sind oder unter die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes fallen, nach denen Soldaten, solange sie dem Heere angehören, nicht an der Wahl teilnehmen dürfen. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen stellen wir fest, daß die Soldaten des alten Heeres ausnahmslos wahlberechtigt sind, sofern sie nicht etwa zur Reichswehr übergegangen. Von dem Wahlrecht sind nur ausgeschlossen die Angehörigen der Reichswehr. Schon auf Grund des Friedensvertrages können Angehörige des alten Heeres nicht mehr als Soldaten gelten. Sie sind vielmehr auch entlassen oder die formale Entlassung ist in die Wege geleitet. Jedenfalls haben sie Anspruch darauf, in die Wählerliste des Ortes aufgenommen zu werden, in dem sie sich befinden.

## Der Reichstagswahlleiter in Berlin.

Der Oberpräsident hat zum Kreiswahlleiter für den Wahlkreis 2 (Berlin) und zum Verbandswahlleiter für den Wahlkreis 3 (Brandenburg) ernannt, umfassend den Wahlkreis 2 und den Wahlkreis 3 (Potsdam II) den Berliner Stadtrat Boehning und zum Stellvertreter den Stadt- und Kreisrat Hermann — für den Wahlkreis 4 (Potsdam I) ist der Regierungsrat Kretschmar in Potsdam zum Kreiswahlleiter und der Regierungsrat Baron v. Kottwitz zu seinem Stellvertreter ernannt worden. Der Wahlkreis 4 umfaßt die Kreise Westpreußen, Ostpreußen, Pommern, Templin, Prenzlau, Angermünde, Oderbarnim, Niederbarnim, Osthavelland, Westhavelland, Juch-Belzig und Jüterbog-Luckenwalde sowie die Städte Oberwalde, Lichtenberg, Potsdam, Spandau und Brandenburg a. O. Ferner hat der Regierungsrat in Potsdam für den Wahlkreis 5 (Potsdam II) den Regierungsrat v. Schöen in Potsdam zum Kreiswahlleiter und den Regierungsrat Kottwitz zu seinem Stellvertreter ernannt. Der Wahlkreis 5 (Potsdam II) umfaßt die Landkreise Beeskow-Storow und Ketzow sowie die Städte Charlottenberg, Schöneberg, Reuthen und Wilmerdorf.

## Gegenrevolutionäre Waffenbrüderchaft.

Während die militärischen Nachrichtenstellen die monarchistische Presse mit verlogenen Meldungen über bevorstehende Rüstungen der Kommunisten versehen, organisieren die Militärs ganz systematisch die Gegenrevolution. Kommerzien, Ostpreußen, Schlesien und das Ruhrgebiet sind bereits soweit gerüstet, daß ein neuer Schlag mit größerer Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. Auch Bayern ist den Vorbereitungen ergeben. Jetzt gilt es nur noch Mitteldeutschland in die Hände zu bekommen, damit die Verbindung zwischen Nord und Süd hergestellt ist und die Operation nach einem einheitlichen strategischen Plan vor sich gehen kann. Die rechtssozialistische „Magdeburger Volksstimme“ weiß darüber aus Aliengradow folgende neue Einzelheiten mitzuteilen:

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß durch einen Feldwebel Schramm und durch Angehörige des berüchtigten ehemaligen Detachements „Aure“, das jetzt zur Belodung für seine Rapp-Truppe als 1. Landes-Jäger-Batt. in Potsdam liegt, russische Offiziere aus dem Lager Aliengradow angeworben, in Truppen von circa 150 Mann nach Pommern gebracht und auf Gütern — natürlich zur Landarbeit! — untergebracht worden sind. Sonderbarerweise hat man Wert darauf gesetzt, die „Landarbeit“ Artillerie- und Pionieroffiziere heranzubekommen und jedenfalls nimmt man an, daß sie den bevorstehenden Putsch besser zu trainieren vermögen.

Ferner hat ein Leutnant Länberg aus Berlin in Aliengradow mehrmals russische Offiziere und auch einige in das Lager zurückgeleitete Angehörige des Detachements „Aure“ für das trotz des Auflösungsbeschlusses noch lebende Korps Preußens nach dem Munsterlager angeworben. Erst am 20. April ist wieder ein Trupp von circa 100 Mann mit russischen Offizieren mit der Waischule „Munsterlager“ abgegangen. Durch sofort angeordnete Ueberwachung hat die Sicherheitspolizei circa 20 Mann dieser Leute auf dem Magdeburger Bahnhof festgenommen und in Haft setzen können. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Stets steht aber, daß die Fäden dieses Unternehmens bis nach Berlin, vielleicht bis ins Reichswehrministerium gehen. Der Oberleutnant Länberg hat nämlich den Ungeworbenen erklärt, daß er im Einverständnis des bekannten „Rapp-Oberst“ Bauer und eines Hauptmanns Reusch handelt; auch hat er von seinem Vorgesetzten im Bahnhofhotel Dörich bei Aliengradow mehrmals mit dem bekannten Hauptmann Koch im Reichswehrministerium Abt. Ia. „Sollikum“ telefoniert.

Die Lagerverwaltung hat natürlich — wie immer — von all den Vorgängen keine Ahnung!

Auch wir wissen aus sicherer Quelle, daß die Angaben der „Magdeburger Volksstimme“ den Tatsachen entsprechen. Die Waffenbrüderchaft, die während des Volksaufstandes zwischen den deutschen und russischen Revolutionären geschlossen wurde, ist in den Rapp-Tagen erneuert worden, und sie soll sich bei dem kommenden Schlag noch trefflicher bewähren. Die Regierung aber sieht diesen Treibereien tatenlos zu. Sie kann nichts dagegen unternehmen, weil sie machtlos ist und in unheilvoller Verblendung sich nicht zu dem Schritt entschließen kann, die Arbeiter zu bewaffnen, die allein in der Lage wären, den Meuturern und Verbrechern in der Reichswehr einmal für immer das Handwerk zu legen.

## Langsam und wenig sicher. Sommerfrühen für Hochverräter.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat das Untersuchungsamt des Reichswehrministeriums sich wieder mit der Teilnahme von Offizieren an dem Rapp-Putsch beschäftigt und dabei folgende 8 Fälle erwidert:

1. Gegen Oberleutnant Lübecke, der die sich wider ihn erhobenen Beschuldigungen als völlig haltlos erwiesen haben, nichts zu veranlassen.
2. In einem Truppenatell außerhalb Berlins ist zu verurteilen: Hauptmann Weber.
3. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt zu überweisen in den Fällen des Hauptmanns Berendt und Leutnants Heubert u. Grise.
4. Unter Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt sind bis zur Beendigung des gerichtlichen Verfahrens zu verurteilen: Major v. Stephany, Major v. Sommerfeld, Hauptmann v. Sommerfeld und Rittmeister Schröder.

Das Untersuchungsamt des Reichswehrministeriums scheint nach eigenartigen Methoden zu arbeiten. Es stellt meistens „hohle“ Beschuldigungen fest oder empfiehlt ganz bescheiden die vorläufige Verurteilung der Schwerebelasteten. Ganz eigenartig muß es aber verwirren, wenn für schuldig befundene Offiziere nicht dem Gericht übergeben, sondern außerhalb Berlins verurteilt werden. Bei dieser Art von Bestrafung wird den Leuten, die heute an der Arbeit sind, den neuen Putsch zu organisieren, geradezu das Rückgrat gelähmt. Sie können sich mit umso größerem Fleiß ans Werk machen, wenn sie wissen, daß sie bei einem etwaigen Fehlschlag nicht bestraft, sondern im ungünstigsten Falle wie der Hauptmann Weber in eine Sommerfrühe außerhalb Berlins verlegt werden.

in den nächsten Tagen erscheint

## Das Reichswahlgesetz

mit

### Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung

herausgegeben von Dr. Eichhorn

Bestellungen, insbesondere von den Organisations umgebend, werden nach der Reihenfolge des Einganges erledigt.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Abt. Buchhandlg., Berlin C 2, Breite Straße 8 9.

# Heute vormittag 11 Uhr Große öffentliche Frauenversammlung

im Ballhallatheater Weinbergsweg

Referentinnen die Genossinnen Zieg, Braunthal und Wulff



# Frauentag 1920.

## Arbeiterinnen.

Von der gleichen Mühe stets umgeben  
gehn die Tage grau an mir vorbei.  
Kennst es, wie ihr wollt, nur nennst's nicht Leben,  
dieses stumpfe, öde Einerlei.

Schon in meine frühen Mädchenträume  
kreschte Räderjurren, Schril und laut.  
Hände haus- und färrnerfüllter Räume  
haben meinem Wesen zugeseht.

Der Maschine hier, davor ich stehe,  
war ich lange vor dem Mann vermählt.  
Was zerbrach in dieser harten Ehe,  
oft hab ich es trauernd überhört.

Weich sind meine Hände nie gewesen.  
Eisen ist so hart fast wie die Not.  
Schaut hinein und wolle: Ihr könnt drin lesen  
von dem schweren Kampf um Brot und Brot.

Zwischen Fron und kleiner Freude gehen  
weiterhin die Tage grau vorbei.  
Einmal aber mag die Sonne sehen  
auf das trübe, stumpfe Einerlei.

Karl Bröger.

## Frauentag und Wahlkampf.

Von Hanna Herz.

Die Wahlen zum Reichstag, die am 6. Juni stattfinden sollen, verleihen dem Frauentag in Deutschland eine ganz besondere Bedeutung. Der ursprüngliche Sinn des Frauentags als eine internationale Kundgebung für die Erlangung der politischen Rechte ist heute erfüllt, in den meisten europäischen Staaten haben sich die Frauen entweder ihre politische Gleichberechtigung erkämpft, oder sie ist ihnen, wie in Russland, Deutschland und Frankreich, als ein Geschenk der proletarischen Revolution in den Schoß gefallen; und in den Staaten, in denen die Frauen noch minderem Rechte sind, kann ihnen die politische Gleichberechtigung nicht mehr lange vorenthalten bleiben. Trotzdem war es ein wichtiger Gedanke der sozialistischen Frauen, auch weiterhin für die Abhaltung des Frauentages einzutreten, nicht nur als ein Bekenntnis zur Solidarität für die Frauen, die sich ihre politischen Rechte noch nicht erkämpft haben, sondern auch als eine wichtige Kundgebung für die völlige Befreiung der Frau aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und damit als ein Bekenntnis zum Sozialismus. Die proletarischen Frauen müssen erkennen, daß sie sich einzuordnen haben in die Reihen des Proletariats, daß der Befreiungskampf der Arbeiter zugleich ein Kampf für die wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Frau ist und daß sie auch die Mittel gebrauchen lernen müssen, die die Arbeiter im Kampf um die Macht anwenden.

Diesen Gedanken den proletarischen Frauen einzuprägen, sie hinzuversetzen über ihre eigenen kleinen Sorgen und Nöte, ihnen den Weg zu zeigen, der sie für die Aktionen der Arbeiterklasse führt, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Frauentages.

Die Arbeiterklasse hat erkannt, daß auch die Wahlen zum Parlament der Stärkung ihrer Macht dienen können, und gerade in diesem Kampf bedarf sie in besonderer Weise der Unterstützung der proletarischen Frauen, die den Ausgang der Wahl entscheidend beeinflussen. Deshalb muß der Frauentag auch ein ständiger Ruf an die proletarischen Frauen sein, auch diesen Kampf in einer Reihe mit ihren Klassenbrüdern zu führen und nicht den Einflüssen der bürgerlichen Parteien zu unterliegen.

Die bürgerlichen Parteien erkennen sehr wohl, welche Macht durch die Wahlen in die Hände der Frauen gelegt ist, sie bauen auf die politische Gleichberechtigung und leichte Beeinflussung vieler Frauen und lassen kein Mittel unversucht, sie für ihre Parteizwecke zu gewinnen. Dabei schrecken sie nicht vor der Verleumdung früherer Grundtugenden und Anschauungen zurück. Das Zentrum hat sich — auch in anderen Staaten — zu einem warmen Befürworter des Frauenwahlrechts entwickelt, nachdem es erkannt hat — und das haben ihm die Wahlen im vergangenen Jahr bewiesen —, daß der Einfluß der Kirche immer noch stark genug ist, den proletarischen Frauen den Blick für ihre Klasseninteressen zu trüben. — Auch die deutschnationale Volkspartei hat sich sehr mit dem Frauenwahlrecht abgefunden. Sie hat einen eindringlichen Wadauftrag in die Frauen herausgebracht und fordert sie auf, bei der Wahl für die deutschnationalen Vertreter zu stimmen. Daß es wohl angebracht, daran zu erinnern, wie die „Deutsche Tageszeitung“ am 30. August 1918 über das Frauenwahlrecht urteilte. Nachdem sie darauf hinweist, daß die Bewusstseinslosigkeit für viele Frauen „leider“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden sei, schreibt sie über die Frage des Frauenstimmrechts:

„Som Standpunkt der konservativen Weltanschauung ist diese Frage überhaupt nicht zu erörtern. Die Forderung des politischen Frauenstimmrechts schlägt der konservativen Weltanschauung geradezu ins Gesicht.“

Können Leute mit solchen Anschauungen die Interessen der Frauen wahrnehmen?

Es wäre ein großer Fehler, anzunehmen, daß es gleich sei, wie im Parlament die Interessen der proletarischen Frauen vertreten, ob einige Gegenwartsforderungen

mehr oder weniger berücksichtigt werden. Es kann dem Proletariat in seinem Kampf um den Sozialismus nicht gleichgültig sein, daß die Bewegung fortwährend gehemmt und beeinträchtigt wird dadurch, daß ein großer Teil der proletarischen Frauen, von den allzu großen Sorgen des Alltags und vor allem von den Sorgen um die Kinder zu Boden gedrückt, jeden Sinn für öffentliche Fragen und damit jedes Interesse auch für politische Aktionen verlieren. Deshalb ist es eine politische Notwendigkeit auch im Hinblick auf die großen kommenden Kämpfe, daß wirtschaftliche und soziale Forderungen der Frauen schon im Parlament im Interesse der proletarischen Frauen entschieden werden. Denn jede Verwirklichung einer Gegenwartsforderung, die die Lage der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen hebt, fördert zugleich ihr Klassenbewußtsein, und macht sie fähig, ihren Blick auf größere Dinge zu richten und an den Aktionen des Proletariats als Klassenbewußte Kämpferinnen teilzunehmen.

Darum kann dem jetzigen Frauentag in Deutschland eine erhöhte Bedeutung dadurch verliehen werden, daß er den Auftakt bildet zu einer regen Propaganda unter den Frauen des arbeitenden Volkes für die kommenden Wahlen wie für die sozialistische Bewegung überhaupt. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen zu wecken, sie für den Sozialismus zu gewinnen, das würde eine ungeheure Stärkung der Arbeiterbewegung bedeuten. Nicht gleichgültig dürfen die Frauen des Proletariats in diesem Wahlkampf, der schon eine Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit bedeuten kann, zur Seite stehen; der Wahltag ist auch eine Probe für die Reife der proletarischen Frauen, und je besser sie diese erfüllen, desto mehr tragen sie dazu bei, den künftigen Frauentag zu einem Tag für den Sozialismus zu gestalten.

## Der Arbeitsmann.

Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind,  
mein Weib!  
Wir haben auch Arbeit, und gar zu weit,  
und haben die Sonne und Regen und Wind  
und uns fehlt nur eine Kleinigkeit,  
um so frei zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit.

Wenn wir Sonntags durch die Felder gehn,  
mein Kind,  
und über den Wehren weit und breit  
das blaue Schwabenkreuz blühen sehn,  
oh, dann fehlt uns nicht das höchste Kleid,  
um so schön zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit.

Nur Zeit! wir wissen Gewitterwind,  
wir Hoff!  
Nur eine kleine Feigheit;  
uns fehlt ja nichts, mein Weib, mein Kind,  
als all das, was durch uns gedeiht,  
um so schön zu sein, wie die Vögel sind:  
Nur Zeit.

Richard Dehmel

## Die Frau und die soziale Revolution.

Von August Bebel.\*)

Die Grundlagen des Bestehenden werden von allen Seiten angegriffen und die wichtigsten Stiele werden gegen die Säulen der alten Gesellschaft geladet. Die revolutionären Gedanken dringen in die konservativsten Kreise und bringen die Reichen unserer Zeit in völlige Verwirrung. Handwerker und Gelehrte, Arbeiter und Künstler, Kaufleute und Beamte, sogar Herrschaften und Bankiers, kurz Männer jeder Stellung schließen sich der Arbeiter an, die das Gros der Masse bilden, die um den Sieg kämpfen und ihn erringen will. Alle unterschätzen und ergänzen sich gegenseitig.

Auch an die Frau im allgemeinen und an die Proletarierin im besonderen tritt die Aufforderung, in diesem Kampf nicht zurückzubleiben, in dem auch für ihre Befreiung und Erlösung gekämpft wird. Es ist an ihr, zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung in der Bewegung und in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teil zu nehmen. Sollte der Mann es, so in der Abstreitung ihrer Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unrettlichen Klammern unterschätze seine Kraft und glaube, daß es auf seine Person nicht ankomme. Für den Kampf um den Fortschritt der Menschheit kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, unbeachtet werden. Das ununterbrochene Fließen der Tropfen schließlich den härtesten Stein auf. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Tüden der Fluß, aus einer Anzahl Klüften der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen. Genau so geht es im Kampf der Menschheit. Sobald alle, die sich berufen können, mit ganzer Kraft in diesem Kampfe, so kann der endliche Sieg nicht fehlen.

Dieser wird einst um so größer sein, je eifriger und aufopferungsvoller jeder einzeln die vorgezeichnete Bahn verfolgt. Bedenken, ob der einzelne ungenügend aller Opfer, Arbeit und Mühe den Beginn einer neuen schöneren Kulturperiode noch erleben, des Sieges Früchte noch genießen, dürfen keinem aufstoßen, noch weniger dürfen sie ihn von dem betriebligen Wege abhalten. Wohl können wir weder die Dauer noch die Art der Entwicklungsphasen bestimmen, die dieser Kampf um die höchsten Ziele zu

\*) Aus Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“, Stuttgart, Verl. Dietz.

durchlaufen hat, wir können das Gesonowenig, wie wir über die Dauer unseres Lebens eine Gewißheit haben. Aber wie die Luft zum Leben uns beherstet, so können wir auch die Hoffnung haben, diesen Sieg zu erleben. Sichen wir doch in einem Zeitalter, das sozusagen mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts rückt und deshalb alle Gebilde einer neuen, höheren Gesellschaftsordnung ergöttern magt.

Von dem reichen Wachstum und der immer gewaltiger werdenden Ausbreitung der sozialistischen Ideen liefert jeder Tag neue Beispiele. Auf allen Gebieten regt sich und bringt noch vorwärts. Die Morgenämmerung zu einem schönen Tage geht mit Macht herauf. Kämpfen und streben wir also immer voran, unbekümmert darum, „wo“ und „wann“ die Grenzspähle für eine neue, bessere Zeit für die Menschheit eingeschlagen werden. Und lassen wir im Laufe dieses großen, die Menschheit befreienden Kampfes, so treten die uns Nachtstrebenden für uns ein. Wie sollen in dem Bewußtsein, unsere Schuldigkeit als Mensch getan zu haben, und in der Ueberzeugung, daß das Ziel erreicht wird, wie immer die dem Fortschritt der Menschheit feindlichen Mächte sich dagegen wehren und sträuben mögen.

Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau.

## Frauen und Räteystem.

Von Toni Sender\*).

Die Räte können nur dann Ausdruck des Massenwillens werden, was sie ja sein sollen, wenn das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung nicht für eine ganze Hälfte des Proletariats toter Buchstabe bleibt. Als Sozialisten verlangen wir ja grundsätzlich das Recht der sozialen und menschlichen Gleichberechtigung, aber das Recht politischer Gleichberechtigung hinaus. Wie wollen wir da verlangen, daß die Frauen am besten selbst die Sachwalter ihrer eigenen Interessen, insbesondere bei einer Reihe von Fragen des öffentlichen Lebens, die sie ganz besonders als Frau und Mutter betreffen, sein werden. Wir brauchen hier nur Fragen heraufzugreifen wie die der Erziehung, der Kinder- und Säuglingsfürsorge, der Aufzucht des jugendlichen Proletariats und dann insbesondere einer völligen Umgestaltung des sozialen Rechts. Ist doch die kapitalistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung den Frauen ganz besonders verhängnisvoll fühlbar geworden; aus ihrem bittersten Leid, ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus ist ihre Kritik herausgewachsen und die Sehnsucht nach einer durchgreifenden Umgestaltung.

Der Krieg war hier ein grausamer, aber gekönter und gründlicher Lehmeister; er riß die Frauen heraus aus ihrem Heim, so sie in den Frontaufmarsch hinein und gab zugleich der von der letzten Sorge um ihre Lieben im Schützengraben gesäuberten Proletarierin zugleich die Erfüllung von Pflichten auf, die schwer, wie sie selbst der Mann zu seiner Zeit zu erfüllen gehabt hat. Die Führung des Hausbaus, die Versorgung mit dem Notwendigsten und die notwendige Orientierung über die zahlreich, einander überfliegenden öffentlichen Einrichtungen stellen die Frauen plötzlich vor eine Reihe der schwierigsten Aufgaben, zu der sie dazu, sich auch um Dinge des öffentlichen Lebens zu kümmern, die bisher allein dem „Herrn und Beherrscher“ vorbehalten gewesen waren. Aber so ungeschult und unvorbereitet unsere Proletarierfrauen und Mädchen größtenteils waren, wir müssen ihnen die Anerkennung gönnen: Welch haben sie sich zurecht gefunden und den Beweis geliefert, daß man kein Recht hat, in ihre Obachtlosigkeit und Fühllosigkeit den geringsten Zweifel zu setzen.

Die kapitalistische Welt freilich sollte ihnen diese Anerkennung nicht; denn wenn wir auf der einen Seite festhalten mußten, daß mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, um sie wieder aus den Betrieben zu entfernen, so ist man ihnen eine so minimale, ganz wesentlich geringere Arbeitslosenunterstützung wie dem Mann, die es für sie ganz unmöglich macht, auch nur das Notdürftigste zur nächsten Erhaltung anzuschaffen und Tausende von diesen unglücklichen Geschöpfen aus Selbsthaltungstriebe schließlich auf die Straße treibt.

Nun aber laucht die Frage aus: Wie können wir es ermöglichen, daß auch die Frauen durch ihre Mitwirkung in den Räten interessiert werden am proletarischen Befreiungskampf? Schon wie weiter unläßig zu, dann werden wir die bessere Erziehung machen müssen, daß durch die Vereinfachung des Wahlrechts alle bürgerlichen Parteien um die Seele der Frauen werben, alle Mittel — bis zum letzten Reichthum der Kirche — werden aufgewendet, um sie unter allerhand gleichzeitigen Verheerungen in den Wahlkampf hineinzureißen, und es werden oftmals nicht die Schicksalhaften, sondern die Interessierten, und Verheerungen sein, die sich von dieser Agitation nicht erlösen lassen.

Und gerade, weil wir uns über die Werbung der bürgerlichen Parlamente keinerlei Täufung hingeben, Genossen und Genossinnen, weil wir wissen, daß wir durch den Parlamentarismus niemals zum Sozialismus gelangen werden, müssen wir nunmehr unverzüglich unsere ganze Kraft darauf setzen, auch die weiblichen Gewerkschaften in diese proletarischen Kampfsituationen hineinzubringen. Wenn der ich, Will dazu vorhanden ist, läßt sich auch die Frage nicht allzu schwer lösen.

Sowohl in übliche Berufstätige im Betrieb oder im Bureau in Frage kommen, ist ihre Befreiung im wirtschaftlichen Räteystem (Rätebetrieben) an der Stelle ihrer Arbeit, ist ohne weiteres möglich. Aber Grundfrage müßte darum sein, daß die Frauen im Betrieb an ihre Vertretung zu ermöglichen proportional auf Grund der Anzahl der Beschäftigten erhalten müssen. Darüber hinaus aber sollten unsere Arbeitskollegen nicht kleinlich sein, sondern im Interesse des eigenen Befreiungskampfes die Frauen im nächsten Maße zur Mitarbeit heranziehen.

Der Sinn und die Frauen seien zu diesen schwierigen Funktionen noch nicht befähigt, kann angesichts der ungeheuren Leistungen der Arbeiterin heute nicht mehr in Betracht sein; haben doch die Frauen in ihrer praktischen Tätigkeit sich wichtige Erfahrungen und Erfahrungen erworben, wenn es ihnen noch und noch sehr häufig an der Redegewandtheit fehlen mag. Aber letzten Endes

\*) Siehe Toni Sender, Die Frauen und das Räteystem. Berlin 1920, Verlag „Freiheit“.



# Neue Erschütterung des Wirtschaftslebens?

Von Oskar Rusch.

In der Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 25. Februar 1920 in Düsseldorf wurde von diesem und dem Vertreter der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, daß von den Arbeitgeberverbänden und einzelnen Arbeitgebern keine Erweiterung der im Gesetz vorgesehenen Rechte der Arbeitnehmer zugestanden werden darf. Es wurde demgemäß beschlossen und dieser Beschluß ist als Gesamtbeschluß der deutschen Industrie zu betrachten und entsprechend zu befolgen.

Diese Anweisung gibt der Syndikus der nordwestlichen Gruppe der Deutschen Eisen- und Stahlindustrie, Herr Dr. Hoff in einem geheimen Zirkular am 27. Februar 1920 den angeschlossenen Firmen bekannt.

Jetzt nach der zum größten Teil vollzogenen Wahl der Betriebsräte und nachdem sich die Valuta, wenn auch nicht wesentlich, so doch merkbar gehoben hat — und nunmehr so ziemlich ein Ausgleich der Inlandpreise mit dem Weltmarktpreis mal Valutadifferenz herbeigeführt ist — liest sich der Beschluß gerade so, als ob die Unternehmer bestrebt wären, dadurch neue Streiks zu provozieren, um hierdurch den Grund zu erneuten Valutaflektionen zu bekommen und die Schuld an diesem erneuten Valutosturz der Arbeiterkraft in die Schuhe zu schieben.

Das Betriebsrätegesetz, das die Arbeiterkraft in ihrer Demonstration am 13. Januar als ein arbeiterfeindliches bezeichnete, wird, wie wir immer behaupteten, zu einer Quelle neuer schwerster Konflikte. Auf neue drohen dem Wirtschaftsleben Deutschlands die schwersten Gefahren. Die Unternehmer benutzen die mit Hilfe der Rechtssozialisten gegebenen Bestimmungen des B.R.G., um den Arbeiter wieder in das vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Insbesondere muß der § 1 des Gesetzes, der sagt, daß die Betriebsräte den Arbeitgeber zur Erfüllung der Betriebsräte zu unterstützen haben, verbotten, um alle diejenigen Betriebsräte, die als ehrliche und aufrechte Vertreter der Arbeiterschaft auftreten, zu makeln. Besonders in der Metallindustrie mehren sich die Fälle derart, daß man von einem ganz inkonsequenten Vorgehen sprechen muß. Jeder Betriebsrat, der einen im Betrieb beschäftigten Arbeiter markt, Raubbau mit seiner Arbeitskraft zu treiben, wird rücksichtslos auf Wlaster geworfen. Werden sich die Schlichtungsausschüsse der Ansicht der Unternehmer, daß dies ein Grund zur sofortigen Entlassung, anschließen? Lunse es, so wird sich die Arbeiterkraft geschlossen auf die Seite der Gemäßigten stellen. Eine Reihe bestigter Kämpfe wird entbrennen.

Zu weiteren Streitfällen wird der § 35 des B. R. G. führen, der da bestimmt, daß die Betriebsräte ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt ausüben. § 35 sagt weiter, daß notwendige Verläumdungen der Arbeiterschaft eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge haben darf und Vertragsbestimmungen, die dieser Vorschrift zuwiderlaufen, nichtig sind. Dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend werden die Unternehmer sich bereit erklären, die Verläumdungen zu bezahlen. Sie behalten sich aber vor, die Notwendigkeit der Verläumdung zu prüfen. Betriebsräte, die bisher, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, gar nicht oder nur zu einem kleinen Teil praktisch arbeiten konnten, werden von den Unternehmern kategorisch zur Leistung „praktischer“ Arbeit aufgefordert und mit Entlassung bedroht. Die Arbeiterschaft muß sich weigern, die Prüfung der Notwendigkeit der Verläumdung durch den Unternehmer vornehmen zu lassen. Tausende von Fällen werden den Betriebsräten unterbreitet werden, die diskreter Natur sind, auf Familienverhältnisse Bezug nehmen und, in das Bereich

der sozialen Fürsorge fallend, vom Betriebsrat erledigt werden müssen, ohne daß dieser in der Lage ist, dem Unternehmer die Notwendigkeit der zur Erledigung dieser Fälle gebrauchten Zeit nachweisen zu können.

Die Überlastung der Vorsitzenden der Betriebsräte wird eine so große werden, daß dieser versuchen muß, mit der Festlegung der Geschäftsordnung nach § 34 die Arbeit möglichst auf alle Mitglieder des Betriebsrates zu verteilen. Es wird sich als zweckmäßig erweisen, daß, besonders in den Groß- und Mittelbetrieben den einzelnen Mitgliedern des Betriebsrates die Erledigung besonderer Fragen zu übertragen. So wird der eine bei der Erledigung der Lohnfragen, der andere bei der sozialpolitischen, der andere in wirtschaftspolitischen, der vierte in Ernährungs-, der fünfte in gewerkschaftlichen Fragen usw. mitwirken müssen. Hier werden die Unternehmer, den Herren-im-Hause-Standpunkt während, auf möglichst vollständige der hierfür aufzubewahrende Zeit und auf Festlegung bestimmter Tagesstunden zur Erledigung der Aufgaben drängen. Ein Ding der Unmöglichkeit!

Ein weiterer Kampf wird sich entwickeln bei der Durchführung der Bestimmungen des § 36. Ein Teil der Unternehmer weigert sich, den zur Geschäftsführung benötigten Raum, ein anderer die benötigte Sandbibliothek, sonstiges Material in genügender Menge, Schreibmaschine, Schreibkraft, Telefon usw. zur Verfügung zu stellen, andere wieder weigern sich, die Vorauslagen für die Zwecke der Geschäftsführung des Betriebsrates zu erziehen.

Die allerbestigsten Kämpfe werden jedoch entbrennen um die nach § 80 zu schaffende Arbeitsordnung und um die nach § 78 aufzustellenden Richtlinien über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern. Zur Schaffung der Arbeitsordnung tragen die Unternehmer alle reaktionären Bestimmungen sämtlicher Arbeitsordnungen der letzten 30 Jahre zusammen, um ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt wieder voll zur Geltung zu bringen. Richtlinien über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern aufzustellen, die die entscheidende Mitwirkung des Betriebsrates vorsehen, sind die Unternehmer überhaupt nicht bereit. Zwar versuchen die Gewerkschaften auf diesem Gebiet, das auch für sie Neuland bedeutet, in zentralen Verhandlungen vorzugehen, um Einzelkämpfen, in denen, besonders in der jetzigen Konjunktur, die Belegschaften der einzelnen Werke unterliegen könnten, vorzubeugen.

Der Vorstoß der Unternehmer aus Anlaß der oben besprochenen §§ 1, 24, 35, 36 zwingt jedoch zu der Annahme, daß diese Verhandlungen scheitern werden, wenn nicht in letzter Stunde die Zentralinstanzen der Arbeitgeberverbände auf ihre Mitglieder nach der Richtung einwirken, daß während der Verhandlungen eine Kampfpause einzutreten hat.

So wird in der Tat, wie wir vorausgesetzt haben, das Wirtschaftsleben Deutschlands durch die Sabotage der Unternehmer gegen die praktische Anwendung des Betriebsrätegesetzes in die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe verwickelt werden. Das B. R. G., geschaffen als ein Damm gegen die soziale Revolution, beschwört so infolge des Vorgehens der Unternehmer neue soziale Kämpfe herauf.

Daran werden auch die Bestimmungen des § 93, nach dem der Bezirkswirtschaftsrat als Bescheidungsinstanz bei Streitigkeiten zu entscheiden hat, nichts ändern. Ganz besonders für Berlin, da für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin der Bezirkswirtschaftsrat noch nicht einmal gebildet ist, muß nach den Übergangsbestimmungen die Landeszentralbehörde oder eine von dieser zu bestimmende Stelle bei Streitigkeiten entscheiden. Diese Stellen sind für Berlin die Gewerbeinspektionen, deren unternehmerfreundliche Haltung der Arbeiterschaft zur Genüge bekannt ist.

So rufen wir in größter Stunde den Unternehmern ein Halt zu. Die Regierung aber möge auf die Zeichen der Zeit achten. Die Arbeiterschaft jedoch rufe sich zu neuen Kämpfen!

Insbesondere müssen die großen gewerkschaftlichen Bünde sich der Sache des Proletariats annehmen.

Der kommende, den Arbeitern aufzugehene Kampf wird und muß das Proletariat einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Erringung der wirtschaftlichen Macht führen.

Dieses Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum Sozialismus ist jedoch nur möglich, wenn das Proletariat allen Bestrebungen, die geeignet sind, die Einheit zu stören, auf das energischste entgegentritt. Nicht in Einzelaktionen darf sich der Kampf verlieren, wie syndikalistische Propagandisten wollen. Nicht geschwächt werden darf die Stohkraft des Proletariats in diesem wirtschaftspolitischen Kampf durch das Sondervorgehen von noch Parteizugehörigkeit zusammengefaßter Betriebsräte, sondern unter zielbewußter, den Gesamtkampf überschauender und zusammenfassender Leitung der Gewerkschaften muß in die Rauern der kapitalistischen, die Arbeiterschaft unterjochenden Zwingbura die Breche gelegt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Eine neue Kampffront des Unternehmertums. Das Aufleben des Hansabundes.

Im Anschluß an die am Sonnabend vormittag abgehaltene Hauptversammlung des Hansabundes veranstaltete dieser gestern nachmittag im stark besuchten Plenarsitzungslokal des ehemaligen Herrenhauses eine Kundgebung zu dem Gedanken der Schaffung einer Gewerkschaft der Unternehmer. In temperamentsvoller Rede suchte der Begründer und Vorsitzende des Hansabundes, Geheimrat Professor Nieher, die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenschlusses der Unternehmer nachzuweisen. Besonders wandte er sich gegen die Sozialisierung; diese könne nur international vor sich gehen. Sozialisierte Deutschland allein, dann müsse es zugrunde gehen. Dann schrie sich Nieher mit dem Betriebsrätegesetz auseinander. Wir können es nur als Theaterdonner bezeichnen, wenn der Redner in diesem Gesich, das den Arbeitern doch nur Scheinrecht gewährt, einen Ausfluß des Herrenstandpunktes der Arbeiterklasse erblickt. Wir glauben schon genügend Beweise dafür erbracht zu haben, daß unter der Herrschaft dieses Gesetzes die Unternehmerwillkür — also der Herrenstandpunkt von rechts, den Herr Nieher angeblich ebenfalls ablehnt — nach wie vor ihre Organe feiert. Natürlich schwärmt Herr Nieher auch für die Arbeitsgemeinschaften, und den Arbeitern und Angehörigen verspricht er das Blaue vom Himmel, sogar die Gewinnbeteiligung, ein Vorkittel, womit sich die Arbeiterschaft hoffentlich nicht mehr einlassen läßt. Wenn Herr Nieher dann zum Schluß sagte, ohne Unternehmer kann kein Staat bestehen, dann mag dies die Meinung eines Menschen sein, der sich für unerlässlich hält. Wir sind anderer Ansicht und wünschen den Tag herbei, wo wir keine Privatunternehmer mehr haben. Wenn dann auch der kapitalistische Staat zum Teufel ist, die sozialistische Gesellschaft wieder besteht.

Die Hauptversammlung erklärte sich zum Schluß mit einem Aufruf an die Unternehmer Deutschlands einverstanden, worin die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenschlusses geschildert wird. Von einer neuen Organisation soll aber Abstand genommen werden, der Hansabund soll diese Aufgabe übernehmen.

So wäre also der Hansabund zu neuem Leben erwacht. Er wird den Kampf gegen die Arbeiterbewegung aufnehmen, und das ist zu beachten. Ob er damit größerer Erfolge erzielen wird, hängt von der Arbeiterschaft selbst ab.

### Streitgefahr bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Die Gefahr, daß die Arbeiter, Handwerker und Arbeiterinnen, die von der Reichs-Telegraphenverwaltung im Telegraphenbau, Umstellungs- und Fernsprechnetz, in den Apparateherstellung, Zugpferden, Evangelienbüchern, Sonntagsheften, fern in den Post-

christliche Gemeinde aufzunehmen, daß, ohne in einer Wiege gelegen zu haben, in den Sorg gebettet werden sollte.

Der Neebinder-Muderl und die Rindhofer-Gelen' waren von der Kanzel geworfen worden. Am darauffolgenden Nachmittage stieg die Dirne die breiten Stufen zur Kirche hinan, langsam, mit gelbem Kopfe; oben angelangt, wandte sie sich nach links und schritt dem Pfarrhaus zu. Dort stand sie eine Weile unschlüssig vor der Tür der Kanzelstube, dann pochte sie leise, auf den Türpfosten von innen sagte sie mit unsicherer Hand an die Klinke und trat ein.

Hinter dem Schreibtische sah der Kaplan, den Kopf über einen mächtigen Kollanten geneigt, sie sah nichts von ihm als seine großen Hände, mit denen er die Deckel des Buches umklammerte, und seine Schädeldede mit dem struppigen Haar, in dessen Mitte ein kalter Fleck, die Lomtur, glänzte.

„Gelobt sei Jesus Christus,“ sagte sie.

„In Gnade!“

Ein Schwarm von Fliegen surrte an ihr vorüber. Sie wehrte einige ab und sah zu, wie sie sich jagten, zerstreuten und mühslich an verschiedenen Stellen wieder zur Ruhe kamen; dann klüfferte sie: „Gottwörden...“

„Was gibst du?“ fragte der Geistliche, ohne aufzublicken.

„Ich bin d' Rindhofer Gelen', — die Braut, —“

„Weiß es.“

„Da wär' ich halt und täl' gern beichten.“

„Neh' gleich!“

„Wenn's kein f... und ich nit ung'legen komm', Gottwörden, wär' mir's lieber, jezt gleich.“

Der Kaplan nickte, hob das Lineal als Zeichen zwischen die Blätter, klopfte das Buch zu und erhob sich. Er sah, wo er vor der Dirne stand, richtete er seine anstehenden Augen auf sie, sie blinnte ihn schüchtern an, da lenkten beide die Wimpern und waten nach der Diele.

Der Ton der Stimme lang rausch und die Rede unfreundlich, als der Kaplan sagte: „Geh' he voraus in die Kirche, kannste sie sich noch ein wenig, ich komme gleich nach.“ (Fortsetzung folgt.)

## Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Der Kaplan sah aus dunkelrotem Gesicht mit leuchtenden Augen nach dem Pfarrer. Er erhob sich und streckte ihm die Hand hin. „Verzeihen Sie“, klüfferte er.

„Ah, geh'n Sie mir weg, da gibt's nit zu verzeihen! Sie sind hierorts mein Assistent, als solchen kann ich Sie nit auf eigene Faust herumdozieren lassen und muß Sie wohl über mein' Method', die sich d' Jahr her bewährt hat, aufklären, so wie ich d'rauf schon'n muß, daß Sie erst mit uniere Patienten vertraut werden. Es is gar eigen und merkwürdig mit'm Volk.“ — Er wiegte nachdenklich den Kopf. — „Stell'n Sie Ihnen vor, was die letzten Tröstungen anlangt, passiert's mehrtsch, daß einer, in dess'n Organsammerl es unlauber g'ung aus'dauert, sich steif und fest'n Himmel erwar't, während ein all's, fromm's Mütterl, was nie keiner Flieg'n ein Leid ang'tan, die Welt fürcht', wie nit g'cheidt. Es is mir unerklärlich, aber, es hat ganz's Ansehen danach, als wär' bei solchen Leuten, die doch nit davon g'leien, nach g'hört hab'n, von selber der Gedanken erwacht, daß Gott von all'm Vorhinein, ohne daß durch's Menschen eigenes Tagutun d'ran was ändern stünd', ein Teil zur Seligkeit und 'n andern zur Verdammnis bestimmt hätt'!“

Der Kaplan machte der Versuch, Rungeln zu ziehen, was aber nicht gelang, da sich die Haut über seine niedere Stirn glatt wie ein Trommelfell spannte. „Verlaubben, voo aader sintel sich teer Getange?“ fragte er, erregt und hochdeutsch.

Der Pfarrer sah ihn mit hochgehobenen Augenbrauen erstaunt an. „Im heiligen Augustin“, antwortete er, „wenn anders mein Gedächtnis im Behalten nit schwach i'word'n ist.“

Sederl sah vor sich hin, er stemmte die Fingerspitzen gegeneinander und drückte langsam Handfläche an Handfläche. „Verzeihen Sie“, murmelte er, „s meinige hatte mich für'n Augenblick verlassen. Uebrigens ist diese Meinung...“

„Nur spekulativ, wie es mehr oder weniger alles is, was in Menschenköpfen über's credo h'auszucht. Ich hab's

nur vorgebracht, weil's mir s' Anfang meiner Seel'org, viel g'denken geben hat, und ich war damol der Meinung, solche Anschauungen unter'n Leuten hätten ihr'n Grund in der Uebermüdigkeit der ein'n, denen ihr Leb'n lang' all's Gute zug'lossen is, ohne daß sie ein' Finger danach auszurechen brauchlen, und in der Verzagtbeit der andern, die von der Wieg'n an all's Elend versolt hat. Mag schon was Wahr's d'ran sein, aber für alle Fälle wollt's nit ausreichen, und bei näherem Zusehen bin ich auf welche getroffen, die 'n Malochismus mit gar eigene Augen sehen und für d' Gebote Gottes und die Vorschriften der Kirche völlig farbenblind sein; mit solchen hat mer erst a bell's Arcus, ob s' d' Gnad' Gottes mit'm irdischen Wohlergeh'n, die Andachtsübungen mit'n guten Werken verwechseln, oder anderswas, anderswie, das is ein Teufel. Und so viel ich bisher G'legenheit g'habt hab', die Dirn', über die wir 'n Dickstuch führ'n, zu beobachten, klieint mir, die is von derer Gottung. Na, wann s' d' Tag' zur Wecht' kommt, hör'n Sie ihr's ab, Herr Kaplan. Sie können dabei was lernen.“

„Gerne.“

Es pochte, ein halbweilichiges Dirndchen klüffte zur Tür herein, drückte mit einem Stöße seiner Rückseite sie wieder ins Schloß, lief dann auf beide Geislichen zu und küßte ihnen die Hände.

„Ah, du bist's Gannerl!“ fragte der Pfarrer, die Kleine in die pralle Wange kneifend. „Kann mir's denken, warum d' herlaufft. Hat g'wiß der Storch schon a G'schwisterl g'brocht?“

Das Kind nickte.

„Is's a Brüderl?“

Das Kind schüttelte den Kopf.

„Ein Schwesterl also. Sollst wohl d' Lauf' ansagen?“

Die Kleine Dirne nahm jene schwermäßige, einfältige Miene und kummende, klagende Sprechweise an, welche sie den Erwachsenen bei Weilschbezeugungen abgelauicht hatte. „s Kindl bleibt uns nit, d'rum is d' Gemutter mit der Nachbarstiesel als G'odin' d'raus'ent, daß's nur gleich g'laufft wird. Sie warten in der Kirche.“

Der Pfarrer stürzte aus der Stube und lief kopschüttelnd nach dem Gotteshause, um ein Weien in die

\*) G'odin' = Taufzeugin, Patin.

\*) Aufgehoben.









